

Strompreis | 20.02.2014 | Lesezeit 1 Min.

Mehr Staat als Markt

Seit der Strommarkt 1998 reformiert wurde, soll eigentlich der Wettbewerb den Strompreis bestimmen. Tatsächlich aber besteht ein immer größerer Teil dessen, was Haushalte und Firmen für Strom bezahlen, aus vom Staat festgelegten Abgaben.

In diesem Jahr werden die privaten Stromverbraucher insgesamt mehr als 30 Milliarden Euro an den Staat abführen. Mit 51,7 Prozent war der Anteil, den der Staat vom Strompreis kassiert, noch nie so hoch wie 2014. Zu der traditionellen Konzessionsabgabe und der Mehrwertsteuer hinzu kommen unter anderem die Stromsteuer, die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie ein Aufschlag zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung.

Wenn die Bundesregierung den Strommarkt nicht umgestaltet, könnte der staatliche Anteil am Strompreis bis 2018 für private Kunden bis auf 56 Prozent steigen (Grafik). Das liegt vor allem am EEG:

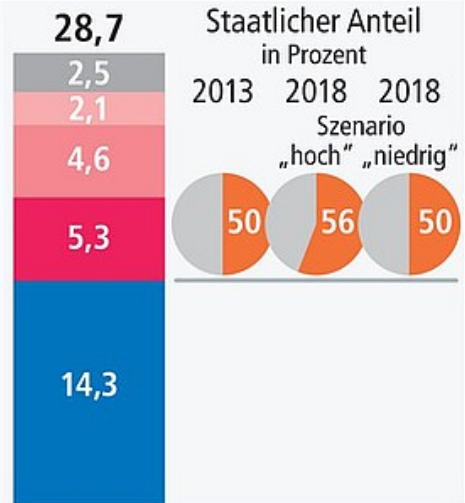
Im Jahr 2014 betragen die an die Anlagenbetreiber ausgezahlten Subventionen für die erneuerbaren Energien gut 19 Milliarden Euro – ohne EEG-Reform könnten es in vier Jahren mehr als 31 Milliarden Euro sein.

Strompreise: Staat kassiert kräftig mit

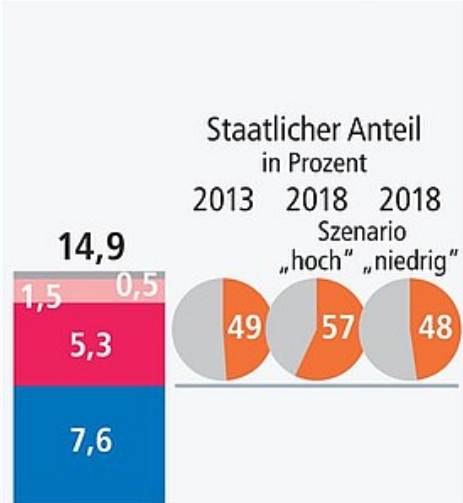
Zusammensetzung des Strompreises im Jahr 2013 in Cent je Kilowattstunde

- Sonstige Abgaben und Umlagen
- Stromsteuer
- Mehrwertsteuer
- EEG-Umlage
- Stromerzeugung, -transport und -vertrieb

Haushaltskunden mit jährlichem Stromverbrauch von 3.500 Kilowattstunden



Industriekunden mit jährlichem Stromverbrauch von 2.000 Megawattstunden



Szenario „hoch“: Unter anderem steigt die Nutzung der Windenergie stärker als bisher; Photovoltaik-Kapazitäten werden langsamer ausgebaut, aber immer noch um 15 Prozent pro Jahr; durchschnittliche Subvention im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) steigt bei Windkraft um jährlich 3 Prozent, bei Solarenergie sinkt sie um 1 Prozent. Damit steigt die EEG-Umlage pro Kilowattstunde Strom bis 2018 auf 8,1 Cent.

Szenario „niedrig“: Produktionskapazitäten für Wind- und Solarenergie sowie Biomasse wachsen deutlich langsamer als bisher; durchschnittliche Subventionen für Windenergie und Biomasse sinken um jährlich 1 Prozent, für Photovoltaik um jährlich 3 Prozent. Im Jahr 2018 beträgt die EEG-Umlage noch 5,1 Cent je Kilowattstunde.

Industriekunden: ohne Privilegien; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · ivd 8

In diesem Szenario würde sich die EEG-Umlage auf bis zu 8,1 Cent je Kilowattstunde Strom erhöhen. Auch wenn der eigentliche Marktpreis – also der an den Strombörsen fällige Preis plus Vertriebskosten und Netzentgelte – konstant bliebe, müssten die privaten Haushalte 2018 für jede Kilowattstunde 13 Prozent mehr bezahlen als heute. Für Industriekunden, die nicht von Ausnahmeregelungen profitieren, stiege der Strompreis sogar um 19 Prozent. Über 57 Prozent dessen, was Industriefirmen für Strom zahlen, wären dann staatlich festgelegte Abgaben.

Selbst wenn die Kapazitäten für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien langsamer wüchsen und die Kosten für die Ökostromproduktion schnell sanken, würde

der Staat von den Verbrauchern 2018 immer noch rund die Hälfte des Strompreises kassieren. Eine echte Entlastung für die Stromkunden könnte nur eine EEG-Reform bringen, die für mehr Wettbewerb und Effizienz sorgt (vgl. iwD 6/2014).

Kernaussagen in Kürze:

- Seit der Strommarkt 1998 reformiert wurde, soll eigentlich der Wettbewerb den Strompreis bestimmen.
- Im Jahr 2014 betragen die an die Anlagenbetreiber ausgezahlten Subventionen für die erneuerbaren Energien gut 19 Milliarden Euro – ohne EEG-Reform könnten es in vier Jahren mehr als 31 Milliarden Euro sein.
- Eine echte Entlastung für die Stromkunden könnte nur eine EEG-Reform bringen, die für mehr Wettbewerb und Effizienz sorgt.